

- (4) Mit Blick auf das Wahlergebnis vom 26. März 2006 müssen bisherige generalisierende Aussagen zum Verhältnis bundes- und landespolitischer Faktoren der Wahlentscheidung bei Landtagswahlen möglicherweise modifiziert werden. Weder reduzierte sich bei dieser regionalen Wahl die Motivlage der Wahlbevölkerung einseitig und eindeutig auf „die Funktion einer bundespolitischen ‚Wetterfahne‘“³², noch wird „eine eigenständige territoriale Dynamik im Wahlverhalten“ klar erkennbar, „die zur nationalen Wahldynamik ein zunehmend loses Verhältnis einnimmt“³³. Vielmehr deutet einiges darauf hin, dass es eine je nach regionaler Ausgangslage und für jede Partei verschieden ausfallende Verknüpfung bundes- und landespolitischer Effekte gibt.

32 Frank Decker / Julia von Blumenthal, Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: ZParl, 33. Jg. (2002), H. 1, S. 165.

33 Daniel Hough / Charlie Jeffery, Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen?, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 81.

Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17. September 2006: Ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteiensystems

Nikolaus Werz und Steffen Schoon

Erstmals seit 1994 fand die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern nicht am selben Tag wie die Bundestagswahl statt. Insofern war es nach 16 Jahren wieder eine echte Landtagswahl. Die SPD, die 1998 in Mecklenburg-Vorpommern die erste rot-rote Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik eingegangen war, und die CDU ließen im Wahlkampf die Bündnisfrage offen. Auch deshalb fehlten polarisierende Themen. Die Höhe der Wahlbeteiligung und das Ziel, den Einzug der NPD in den Landtag zu verhindern, rückten in der Schlussphase in den Vordergrund eines Wahlkampfes, der trotz Bundesprominenz auf wenig Interesse stieß.

1. Die Ausgangslage

In dem lange Zeit an der Peripherie gelegenen heutigen Mecklenburg-Vorpommern gestaltete sich der Transformationsprozess besonders schwierig. Die strukturschwache Region hatte in Zeiten des Staatssozialismus eine Aufwertung erfahren, Rostock avancierte zum einzigen Überseehafen der DDR, es wurden gezielt Menschen angesiedelt. Nach 1989/90 setzten De-Industrialisierung, Abwanderung und eine Entleerung der länd-

lichen Räume ein. Die Politik reagierte darauf unter anderem mit einer Verwaltungsreform.¹

Von 1990 bis 1994 bestand ein Bündnis aus CDU und FDP; es folgte eine Große Koalition von 1994 bis 1998. Das seit 1998 regierende Bündnis aus SPD und PDS wurde in der Wahl 2002 bestätigt.² In der Folgezeit tauchten Differenzen zwischen den Parteien auf, obwohl die Verständigung zwischen Ministerpräsident *Harald Ringstorff* und PDS-Chef *Wolfgang Methling* gut blieb. Zu Unstimmigkeiten führte Anfang 2004 die Kreisgebietsreform. Nach Überlegungen der SPD war die bisherige Struktur von zwölf Landkreisen und sechs kreisfreien Städten nicht weiter aufrechtzuerhalten. So lagen 2003 die Ausgaben für das Personal bei zwei Milliarden, die für die Investitionen dagegen bei 1,5 Milliarden Euro. Besonders SPD-Landeschef *Till Backhaus*, dem frühzeitig eine Vorliebe für eine Koalition mit der CDU nachgesagt wurde, verwies darauf, dass von dem Verhalten der PDS die Handlungsfähigkeit der Koalition abhänge.³ Ministerpräsident *Ringstorff* äußerte die Hoffnung, dass bei einer optimalen Umsetzung der Verwaltungsreform pro Jahr 180 Millionen Euro eingespart werden könnten.⁴ Nach langen Diskussionen wurde 2006 die Verwaltungsmodernisierung im Landtag beschlossen, wobei nur fünf der zwölf PDS-Abgeordneten dem Gesetz zustimmten. Im Bundesrat enthielt sich die rot-rote Koalition bei wichtigen Fragen, etwa bei der Zustimmung zur EU-Verfassung, der Föderalismusreform und der Mehrwertsteuererhöhung.

Zum Dissens mit Teilen der PDS kam es über den G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Die Veranstaltung in dem eleganten Seebad war noch von der rot-grünen Bundesregierung beschlossen worden. Zwar hatte die Landesregierung mit Zustimmung der PDS-Minister bereits zehn Millionen Euro für Sicherheitskosten eingeplant, gleichwohl kündigten einzelne PDS-Politiker an, dass sie – wie Umweltminister *Methling* beim Besuch des US-amerikanischen Präsidenten *George W. Bush* im Juli 2006 in Stralsund – dagegen demonstrieren wollten.⁵

Als letztes Parlament eines Flächenlands hatte der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern kurz vor der Sommerpause 2006 die Wahlperiode auf fünf Jahre verlängert. Für diese späte Entscheidung dürfte die seit 1994 gegebene Gleichzeitigkeit von Landtags- und Bundestagswahl mitverantwortlich gewesen sein. Die in keinem anderen Bundesland über einen so langen Zeitraum vorhandene Koinzidenz sorgte stets für eine hohe Wahlbeteiligung, 1998 war es sogar die höchste, die in einem der fünf neuen Länder erreicht wurde. Sie ermöglichte zunächst finanzielle Einsparungen bei der Wahlorganisation, vereinfachte die Suche nach Wahlhelfern und erleichterte den größeren Parteien die Mobilisierung im Wahlkampf. Unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten war der von der Mehrheit der Bevölkerung favorisierte Zustand jedoch nicht unproblematisch.

1 Vgl. die Beiträge in: Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Politische Landeskunde Mecklenburg Vorpommern, Schwerin 2006.

2 Vgl. *Nikolaus Werz / Jochen Schmidt*, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002: Bestätigung der rot-roten Koalition mit Gewinnern und Verlierern, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 60 – 79.

3 Vgl. PDS belastet Klima in der Koalition, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten (NNN) vom 16. Januar 2004.

4 Vgl. An der Kreisreform entscheidet sich die Zukunft des Landes, in: NNN vom 12. März 2004.

5 Vgl. Die Welt vom 29. Juli 2006.

Er führte zur Überlagerung der Landesebene durch den Bundestrend, besonders durch den Kanzler- und Regierungsbonus: Es darf vermutet werden, dass die Landtagswahlen von 1998 und 2002 etwas anders ausgefallen wären, wenn sie nicht am selben Tag stattgefunden hätten wie die Bundestagswahlen. 1998 begünstigte die Abwahl von Kanzler *Helmut Kohl* auch den Regierungswechsel in Schwerin. 2002 dürfte sich das gute Wahlergebnis für *Gerhard Schröder* im Zeichen von Elbe-Flut und seiner Position gegen einen Krieg im Irak zugunsten der Landes-SPD ausgewirkt haben. Unter dem Gesichtspunkt der politischen Stabilität brachte die Regelung positive Effekte. Sowohl für 1998 als auch 2002 kann davon ausgegangen werden, dass die Gleichzeitigkeit die Chancen für rechts-extreme und -radikale Parteien, die in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen in die Landtage einzogen, begrenzt hat.⁶ Dieser Polarisierungseffekt zugunsten der traditionellen Großparteien CDU und SPD schmälerte allerdings die Aussichten der kleineren Parteien. Nach der vorgezogenen Neuwahl zum Bundestag 2005 war ein Leben im Windschatten von Berlin nicht mehr möglich. Für die kleineren Parteien erhöhten sich damit die Chancen.

In Umfragen wurden Arbeitslosigkeit und Bildung als die größten Probleme genannt. Trotz einer guten Auftragslage bei den hochmodernen Werften, die allerdings nur 5.000 Menschen beschäftigen, lag die Arbeitslosigkeit im Juli 2006 bei 18,2 Prozent. Nach dem Transformationsprozess ist Mecklenburg-Vorpommern das Land mit dem geringsten Industrieanteil in Deutschland, gleichzeitig ist der Anteil von Beschäftigten in Forschung und Entwicklung bundesweit der niedrigste.⁷ Noch sind 4,3 Prozent aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, Biolandbau und nachwachsende Rohstoffe machen mittlerweile einen beachtlichen Anteil aus, was zum Aufschwung der Ernährungsindustrie geführt hat, in der 15.000 Menschen arbeiten.⁸ Auffallend ist das West-Ost-Gefälle: Die Landkreise Nordwestmecklenburg, Ludwigslust und Bad Doberan profitieren von der Nähe zu Hamburg und Schleswig-Holstein. Von den 135.000 zwischen 1990 und 2004 weggezogenen Menschen kamen viele aus Vorpommern, darunter eine auffällig hohe Zahl von jungen Frauen. Die im Lande verbleibenden Männer wiederum weisen die niedrigste Lebenserwartung in Deutschland auf. 2005 ging die Zahl der Abwanderer erstmals zurück. Aufgrund häufigerer Teilzeittätigkeit sind mittlerweile mehr Frauen als Männer beschäftigt. Die Entleerung der ländlichen Räume, die eine aufgrund der großen Anbauflächen hochproduktive, aber nur wenige Arbeitskräfte bindende Landwirtschaft aufweisen, führte unter anderem zur Schließung und Zusammenlegung von Schulen. Dies wurde von der Opposition und besonders von der NPD aufgegriffen, die eine Aufrechterhaltung der vorhandenen Strukturen forderte. Als Vorzeigeobjekte gelten hingegen das so genannte BioCon-Valley⁹ und die gesamte Biotechnologie. Mecklenburg-Vor-

6 Vgl. dazu: *Nikolaus Werz*, Nach den Wahlen. Das Problem des Rechtsextremismus ist nur aufgeschoben, in: *Gegenwartskunde*, 47. Jg. (1998), S. 419 – 424.

7 Vgl. dazu und zum Folgenden: *Steffen Kröhnert* / *Franziska Medicus* / *Reiner Klingholz*, Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?, 2. Auflage, München 2006, S. 72 ff.

8 Vgl. Viel Sonne, wenig Licht. Mecklenburg-Vorpommern vor der Wahl, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* vom 16. September 2006.

9 Das BioCon Valley ist ein branchenübergreifendes Netzwerk für moderne Lebenswissenschaften und die Gesundheitswirtschaft in Nordostdeutschland. Unternehmen, Hochschulen, For-

pommern sei bereits beim Tourismus an erster Stelle und wolle nun zum „Gesundheitsland Nummer 1 in Deutschland“ werden, hieß es von Seiten der Landesregierung.

Obwohl rechtsextreme Parteien seit 1990 nicht im Landtag vertreten waren, spielte das Thema in der Berichterstattung stets eine Rolle. Die mehrtägigen Ausschreitungen vor einem Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen 1992 führten zu einem Image-Schaden, der erst langsam abgebaut werden konnte. Die NPD, die Kameradschaften und die rechtsradikale Szene versuchten ihrerseits erfolglos, Rostock durch Demonstrationen zu einem Fanal ihrer Bewegung zu machen. Das rechtsradikale Wähler- und Protestpotenzial konzentriert sich auf den vorpommerschen kleinstädtischen und ländlichen Raum und die Plattenbaugebiete. Auf das hier vermutete Milieu zielte die Wahlwerbung der NPD. Von „national-befreiten Zonen“, so die Diktion der NPD, kann nicht gesprochen werden. Allerdings hat die Partei in einigen Gebieten wie Uecker-Randow, Ostvorpommern und die Gegend um die westmecklenburgische Kleinstadt Lübbtheen eine Art Siedlungspolitik betrieben. Ihr Spitzenkandidat *Udo Pastörs* sagte dazu: „Hier wächst eine Kernmannschaft der nationalen Bewegung zusammen mit den Menschen, die hier leben.“¹⁰ Er selbst gehört zu einer kleinen Gruppe von NPD-Funktionären, die – aus dem Westen kommend – sich in Mecklenburg-Vorpommern niedergelassen haben. Die Besonderheit liegt in dem Bündnis zwischen erfahrenen NPDlern und jungen Vertretern aus der neo-nazistischen Kameradschaftsszene, was sich auch in der Zusammensetzung der Wahlliste niederschlug, in Zukunft aber zu Zwistigkeiten führen dürfte.

2. Der Wahlkampf

„Stille Tage im Florida des Nordens“, hieß der treffende Titel eines Zeitungsartikels.¹¹ Der Wahlkampf kam kaum in Gang. Zwar startete die SPD vergleichsweise früh, schon im Frühjahr wurde mit dem „Forum Ostdeutschland“ eine Veranstaltung zum Thema Abwanderung und demographischer Wandel durchgeführt. Möglicherweise sollte damit der Opposition der Wind aus den Segeln genommen werden, die das Problem in zurückliegenden Wahlkämpfen den Regierungsparteien anzulasten versucht hatte. Ansonsten handelte es sich bis in den August um einen „Minister-Wahlkampf“ mit Übergaben, Firmenbesuchen, Grundsteinlegungen und Einweihungen. Besonders die SPD überbot sich mit Erfolgsmeldungen.

Statt echter landespolitischer Themen rückten in der „heißen“ Phase andere Aspekte in den Vordergrund: Die Kosten der Visite von US-Präsident *George W. Bush* im Wahlkreis von *Angela Merkel*, die wochenlang in der Regionalpresse behandelt wurden, gerieten zum Wahlkampfthema. Von politisch interessierter Seite wurden offensichtlich wesentlich höhere Summen lanciert, als sie das Land tatsächlich zu zahlen hatte. Andere Informationsquellen verwiesen darauf, dass von vornherein eine Regelung zwischen Bund

schungs- und Gesundheitseinrichtungen und andere arbeiten hier zusammen an Projekten. Vgl. www.bcv.org (Zugriff am 24. Januar 2007).

10 Panorama Nr. 670 vom 29. Juni 2006, wieder zitiert in: Spiegel-Online vom 7. September 2006.

11 Berliner Zeitung vom 31. August 2006.

und Land getroffen worden sei.¹² Der Linkspartei.PDS und einem Teil der SPD erlaubte die Rede von der „teuersten Grillparty der Welt“ eine Abgrenzung sowohl gegenüber der CDU als auch der US-Regierung. In der überregionalen Presse stieß dies wie schon das reservierte Verhalten von *Ringstorff* gegenüber *Bush* auf Verwunderung.

Die SPD rückte die Person des Ministerpräsidenten in den Vordergrund. Unter dem Bild eines gereiften Regierungschefs stand der Zusatz: „SPD. Sozial. Gerecht. Kraftvoll“. Und über den Ausschnitten von Zeitungsschlagzeilen mit positiven Meldungen über Firmengründungen wurde angekündigt: „Den Erfolg fortsetzen“. Die Lage in der Wirtschaft sei so gut wie noch nie seit 1989/90, die Arbeitslosigkeit im laufenden Jahr gegenüber 2005 gesunken. Eine direkte Auseinandersetzung mit seinem Herausforderer von der CDU vermied *Ringstorff* weitestgehend bis zum Fernsehduell am 13. September. Nach Einschätzung der Presse schlug sich der Herausforderer *Jürgen Seidel* in der direkten Auseinandersetzung recht gut; dass der Ministerpräsident ihn häufig unterbrach und mürrisch wirkte, erwies sich offenbar für ihn als Vorteil. In den Wochen vor der Wahl äußerte sich *Ringstorff* auch verstärkt zu bundespolitischen Themen. Er kritisierte die Föderalismusreform und den „Pendeltourismus der Regierungsbeamten und Angestellten“ zwischen Bonn und Berlin.¹³ In einem Bus bereiste er den Flächenstaat. Trotz der Unterstützung durch den SPD-Vorsitzenden *Kurt Beck* und den brandenburgischen Ministerpräsidenten *Matthias Platzeck* bei einigen Wahlkampfauftritten blieb der Zulauf gering.

Auf den CDU-Wahlplakaten fand sich ein Aufkleber: „Unser Land kann mehr: Rot-Rot Abwählen!“ Bei einem gemeinsamen Auftritt der CDU-Spitzenkandidaten in Berlin und Schwerin, *Friedbert Pflüger* und *Jürgen Seidel*, wurden SPD-PDS-Koalitionen als „schlechteste Konstellation, die in Deutschland denkbar ist“, bezeichnet.¹⁴ Eine noch schärfere Tonlage hatte die CDU-Fraktion im Landtag in einer Publikation gewählt, in der die Verschuldung, die zurückgehende Bevölkerung, die Arbeitslosenzahlen, die Gewerbeabmeldungen, die Arbeitsmarktpolitik, die regelmäßig wechselnden Schulgesetze, die Konflikte mit den Universitäten sowie die Politik der Inneren Sicherheit kritisch und mit Zahlenmaterial dargestellt wurden.¹⁵ Handzettel enthielten Informationen zu Themen wie Arbeitsmarkt, Bevölkerungsentwicklung, Innere Sicherheit etc. Bei den Wahlkampfauftritten fiel die Kritik an der SPD indessen verhalten aus. In gewisser Hinsicht war der Wahlkampf der CDU das Gegenstück zu dem stark polarisierenden Auftreten 2002, wobei auch die Person des Spitzenkandidaten eine Rolle spielte. Im Unterschied zu seinem Vorgänger *Eckhardt Rehberg*, der seit 2005 Bundestagsabgeordneter ist, gilt *Seidel*, der von 1996 bis 1998 Wirtschaftsminister in der CDU-geführten Großen Koalition war, als koalitionsfähig, teamorientiert und pragmatisch. Seine Redeauftritte im Wahlkampf begann er ausdrücklich mit dem Lob der positiven Veränderungen im Land. Zwar plakatierte die CDU „*Seidel* statt *Ringstorff*“ oder „Bildung statt Schulsterben“, von einer Polarisierung im Wahlkampf konnte jedoch nicht gesprochen werden. Die Strategie der Union lief damit eher auf eine vorsichtige Annäherung statt auf eine Konfrontation mit der SPD hinaus. Dies zeigte sich unter anderem in der aufwendig gestalteten Informa-

12 Vgl. Wer zahlt das Hochsicherheits-Barbecue?, in: FAZ vom 26. August 2006.

13 Die Welt vom 5. September 2006.

14 CDU bläst zum Sturm auf die rot-roten Bollwerke, in: Die Welt vom 12. August 2006.

15 Vgl. CDU-Fraktion, 8 Jahre SPD/PDS. Diktatur der Mehrheit, Schwerin 2006 (www.cdu-fraktion.de). Diese Broschüre wurde allerdings im Wahlkampf kaum eingesetzt.

tionsbroschüre „OBEN“¹⁶. Erst drei Tage vor dem Wahlgang präsentierte *Seidel* sein Kompetenzteam mit nur sieben Ministern. Die Zusammenstellung der Mannschaft bereitete offenbar Probleme.

Die Linkspartei.PDS trat diesmal explizit als Heimatpartei des (Nord-)Ostens auf. Sie plakatierte mit einem bekannten DDR-Kinderlied: „Unsere Heimat, das sind nicht nur die Städte und Dörfer“. Wohl mit Blick auf die Wahlplakate der NPD hatten die Sozialisten auf den traditionellen roten Hintergrund verzichtet und wählten stattdessen ein staatstragendes Blau. Im Vergleich zu den Plakaten von SPD und CDU fiel auf, dass sie relativ viele Botschaften auf den Werbeträgern unterzubringen versuchten. Anders als 2002 trat die Partei kaum als Opposition in der Regierung auf. Auch wenn keine klare Aussage im Vorfeld erfolgte, so war es doch offensichtlich das Ziel, die bisherige Koalition mit der SPD fortzusetzen. Diejenigen PDS-Kandidaten, die in den Straßenwahlkampf gingen, sahen sich mit ungewohnten Situationen konfrontiert: Nach acht Jahren in der Regierung war die vergleichsweise bequeme Rolle der Oppositionspartei nicht mehr möglich.

Die NPD hatte den Wahlkampf gut vorbereitet. Er wurde mit Blick auf die Plakatierung aufwendig geführt und von 30 Personen aus dem Umfeld der NPD-Fraktion in Sachsen unterstützt. Im Vorfeld dieser Landtagswahl erfolgte eine Absprache mit der DVU, die nicht antrat. Die NPD erlebte ihrerseits einen leichten Mitgliederzuwachs auf knapp 300 Personen durch die Aufnahme von Mitgliedern aus der neo-nazistischen Kameradschaftsszene. Somit bestand die Landesliste aus einigen älteren und im Gewande von Biedermännern auftretenden Kandidaten und jüngeren männlichen Vertretern aus den Kameradschaften. Spitzenkandidat *Pastörs*, Uhrmacher und Juwelier mit Wohnort in der Nähe von Ludwigslust, fiel mit Äußerungen auf, die ihn als netten Rechten ausweisen sollten, aber auch mit solchen, die eine Absage an die parlamentarische Demokratie und für eine Wiederherstellung Pommerns beinhalteten.¹⁷ Wie schon in den vergangenen Wahlkämpfen platzierte die NPD ihre Plakate weit oben an den Straßenlampen und zwar bevorzugt an den Ausfallstraßen, in Plattenbaugebieten und ländlichen Gegenden. Während SPD und CDU sich mit ihren Wahlkampfaussagen zurückhielten, trat die NPD mit klaren Parolen auf. Die Linkspartei.PDS wurde zu den etablierten Parteien gerechnet und die NPD in den Schlussbetrachtungen des Aktionsprogramms zur Landtagswahl als eigentliche Oppositionspartei und „einzige konsequente Kraft gegen Globalismus und für eine volks- und raumnahe Wirtschaft“ präsentiert. Für ihren Wahlkampf soll die NPD ebenso viel ausgegeben haben wie die großen Parteien.¹⁸ Dabei ähnelten die Plakate mit rot-schwarz-weiß farblich früheren PDS-Plakaten und zeigten nur wenige Parolen wie „Wehrt Euch!“ oder „Was lange gärt, wird endlich Glut: Deshalb NPD!“ Nicht nur einzelne Sprüche, sondern auch Forderungen der Linken wurden übernommen – zum Beispiel die Ablehnung von Hartz IV. Für die Erstwähler wurden besondere Werbemaßnahmen aufgelegt. Dazu gehörte eine Schulhof-CD mit dem Untertitel „Ver-

16 OBEN. Das Magazin für Mecklenburg-Vorpommern, September 2006 (www.oben-magazin.de).

17 Vgl. „Krankhafte Keime“, in: Stern vom 7. September 2006.

18 Nach eigenen Angaben gab die Partei etwas weniger als 400.000 Euro für den Wahlkampf aus. Vgl. Wahlabschlussfeier mit Udo Pastörs in Rostock, www.npd-mv.de/index.php?sek=0&cpfad_id/cmsint_id=1&detail=959, 24. September 2006.

botene Früchte schmecken am besten!“ sowie ein an 60.000 Erstwähler per Post versandter Brief, auf dem die NPD als Erneuerungsbewegung bezeichnet wurde.

3. Das Wahlergebnis

Aufgrund der Entkopplung der Wahltermine in Land und Bund gingen alle Beobachter davon aus, dass die Wahlbeteiligung diesmal niedriger ausfallen würde. Allerdings entwickelte sich im Vorfeld der Landtagswahl eine nahezu hysterische Stimmung in den Medien, die ihrerseits die niedrigste Wahlbeteiligung aller Zeiten in Deutschland erwarteten.¹⁹ Der Wahlabend brachte insofern eine gewisse Beruhigung, als immerhin 59,1 Prozent der circa 1,4 Millionen Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Mecklenburg-Vorpommern weist damit eine vergleichsweise ordentliche Wahlbeteiligung auf. In Sachsen-Anhalt gingen im März 2006 nur 44,4 Prozent der Bürger zur Wahl.²⁰ Ebenso wie in Brandenburg (2004: 56,4 Prozent) und Thüringen (2004: 53,8 Prozent) fiel auch in den westdeutschen Ländern Baden-Württemberg (2006: 53,3), Rheinland-Pfalz (2006: 58,2 Prozent) und Saarland (2004: 55,5 Prozent) die Beteiligung bei den jeweils letzten Landtagswahlen niedriger als in Mecklenburg-Vorpommern aus. Wahrscheinlich führte die Kampagne gegen den möglichen Landtageinzug der NPD zu einer Mobilisierung der Bevölkerung. Eine gemeinsame Aktion zur Aktivierung der Wähler starteten vor diesem Hintergrund auch die drei Regionalzeitungen und die Rundfunksender des Landes.

Tabelle 1: Landtagswahlergebnisse (Zweitstimmen in Prozent) und Mandatsverteilung in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990

	2006		2002		1998		1994		1990	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
CDU	28,8	22	31,4	25	30,2	24	37,7	30	38,3	29
SPD	30,2	23	40,6	33	34,3	27	29,5	23	27,0	21
Linkspartei.PDS	16,8	13	16,4	13	24,4	20	22,7	18	15,7	12
FDP	9,6	7	4,7	–	1,6	–	3,8	–	5,5	4
Bündnis 90/Grüne	3,4	–	2,6	–	2,7	–	3,7	–	9,3*	–
NPD/Rechte**	7,3	6	1,1	–	4,5	–	1,1	–	1,1	–
Sonstige	3,9	–	3,2	–	2,3	–	1,5	–	3,1	–
Wahlbeteiligung	59,1		70,6		79,4		72,9		64,7	
* 1990 traten Bündnis 90, Die Grünen und Neues Forum getrennt zur Landtagswahl an. Alle drei scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde.										
** 1990, 1994 und 2002 NPD und Republikaner, 1998 NPD, Republikaner und DVU, 2006 nur NPD.										
Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern.										

Die SPD erlitt gegenüber 2002 mit 10,4 Prozentpunkten erhebliche Stimmeneinbußen, blieb aber dennoch mit 30,2 Prozent stärkste politische Kraft im Land (vgl. Tabelle 1). Damit konnte Ministerpräsident *Ringstorff* weiterregieren. Die Stimmung bei den Sozial-

19 Vgl. *Alwin Schröder*, Angst vor Minusrekord an der Ostsee, in: Spiegel-Online vom 31. August 2006.

20 Vgl. dazu den Beitrag von *Everhard Holtmann* in diesem Heft der ZParl.

demokraten am Wahlabend war auch deshalb gelassen, weil diese Verluste erwartet worden waren. Es war klar, dass die SPD das sehr hohe Ergebnis von 2002 – bedingt durch die besonderen Rahmenbedingungen – nicht würde halten können. Im Vergleich zur vorgezogenen Bundestagswahl 2005 (31,7 Prozent) blieb sie stabil. Für das insofern als Wahlerfolg zu wertende Ergebnis der Sozialdemokraten war neben dem Amtsbonus des Ministerpräsidenten vor allem die späte Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft mit dem Thema NPD-Landtagseinzug verantwortlich. Die SPD kann sich darüber hinaus in struktureller Hinsicht als Gewinner der Wahl fühlen. Als einziger ostdeutscher Landesverband konnte sie zum wiederholten Mal die Linkspartei.PDS (16,8 Prozent) bei Landtagswahlen deutlich auf Abstand halten. Während die Sozialdemokraten in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt ihre angestammte Funktion im Parteiensystem als linke Volkspartei an die zum Teil klar stärkere Linkspartei.PDS abtreten mussten, nimmt die SPD an der Ostsee die Position der Mehrheitspartei im linken Wählerlager ein. Die frühe Einbindung der PDS in die Regierungsverantwortung durch *Ringstorff* hat sich demnach in strategischer Hinsicht ausgezahlt: Die SPD wird im Gegensatz zu anderen ostdeutschen Ländern als der natürliche Widerpart der CDU wahrgenommen, während die Linkspartei.PDS kein „Robin-Hood-Image“ mehr aufrechterhalten kann. Diese Wirkung zeigte sich im Übrigen auch bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2006.²¹ Offenbar trägt die so genannte Entzauberungsstrategie der SPD Früchte. Es gelingt ihr, die frühere fragile Zwischenstellung im Parteienwettbewerb zu verlassen.²²

Die Linkspartei.PDS kann als ein struktureller Verlierer der Wahl angesehen werden. Sie erreichte mit 16,8 Prozent nur eine minimale Verbesserung ihres ohnehin schlechten Wahlergebnisses von 2002 (+ 0,4 Prozentpunkte), wodurch das Wahlziel von 20 Prozent plus x deutlich verfehlt wurde. Die Zugewinne der Bundestagswahl 2005, bei der die Partei im Zuge der angekündigten Fusion mit der WASG 23,7 Prozent errungen hatte, wiederholten sich nicht. Erstmals in Ostdeutschland profitierten die SED-Nachfolger auch nicht von der geringen Wahlbeteiligung.

Die CDU verfehlte trotz günstiger Rahmenbedingungen erneut den angestrebten Regierungswechsel. Mit einem Stimmenanteil von 28,8 Prozent fuhr sie gar das schlechteste Ergebnis bei Bundes- oder Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt ein. Obwohl die ökonomischen Daten zu einem Vertrauensverlust der rot-roten Regierung in der Bevölkerung führten, gelang es der Union zu keinem Zeitpunkt, eine Wechselstimmung zu erzeugen. Ihr Kompetenzvorsprung in den wichtigen Themenfeldern Wirtschaft und Arbeit war gering. Zudem hatte Spitzenkandidat *Seidel* in der Frage der Ministerpräsidentenpräferenz gegenüber *Ringstorff* deutlich das Nachsehen.²³ Es ist davon auszugehen, dass der gebremste Wahlkampf der Christdemokraten und die hierdurch bedingte mangelnde Polarisierung zur SPD viele potenzielle Unionsanhänger in die Arme der FDP trieben.

21 Vgl. dazu den Beitrag von *Oskar Niedermayer* und *Richard Stöss* in diesem Heft der ZParl.

22 Vgl. hierzu *Nikolaus Werz* / *Jochen Schmidt*, Fragile Mehrheit der Sozialdemokraten. Die Stabilisierung eines Dreiparteiensystems in Mecklenburg-Vorpommern, in: FAZ vom 19. Oktober 1998, S. 15.

23 55 Prozent der Wahlberechtigten wollten für *Ringstorff* und 33 Prozent für *Seidel* votieren. Vgl. Infratest dimap, Wahlreport Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 17. September 2006, Berlin 2006, S. 81.

Die Liberalen sind der eigentliche Gewinner der Landtagswahl. Sie erzielten mit 9,6 Prozent das beste Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 und sind erstmals nach 1994 wieder im Landtag vertreten. Die FDP verstand es, die Unzufriedenheit im Land für sich nutzbar zu machen, und war insofern die „demokratische Protestpartei“. Sie profitierte dabei von der Rolle als stärkster Oppositionspartei im Bundestag und ihrem marktwirtschaftlichen Profil. Damit konnte sie auch wie schon bei der Bundestagswahl 2005 Anhänger der Christdemokraten für sich gewinnen. Die FDP scheint ihre Position insgesamt stabilisieren zu können: 2004 war sie bereits in alle 18 Kreistage des Landes eingezogen. Darüber hinaus konnte sie gerade unter jungen Leuten neue Parteimitglieder gewinnen. Die Liberalen haben erstaunlicherweise mehr Mitglieder unter 30 Jahre als die zahlenmäßig weitaus größere Linkspartei.PDS.²⁴

Dagegen scheiterten die Grünen erneut an der Fünf-Prozent-Hürde (3,4 Prozent). Sie konnten noch nie in das Schweriner Schloss einziehen. Zwar verbesserten sie sich im Vergleich zur Landtagswahl 2002 ein wenig, allerdings fielen sie wieder hinter das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 (4,0 Prozent) zurück. Bündnis 90/Die Grünen finden in Mecklenburg-Vorpommern extrem schwierige Rahmenbedingungen vor. Der Landesverband zählt nur 290 Mitglieder und ist damit kaum auf eine flächendeckende Wahlkampforganisation vorbereitet. Die geringste Bevölkerungsdichte aller deutschen Länder (74 Einwohner pro km²), kaum städtische Ballungszentren, fehlendes Bildungsbürgertum und ein schmales alternatives Milieu schlagen für sie negativ zu Buche.²⁵

Nach der Bundestagswahl 2005, bei der die rechtsextremistische NPD immerhin 3,5 Prozent erhalten hatte, war der erstmalige Einzug der antidemokratischen Partei in den Landtag befürchtet worden. Mit 7,3 Prozent schnitt sie jedoch noch deutlich besser als vermutet ab. Offenbar erreichte sie nicht nur das vorhandene rechtsextremistische Wählerpotenzial, sondern absorbierte auch einen Teil der Protestwähler. Nach Brandenburg (DVU) und Sachsen (NPD) ist Mecklenburg-Vorpommern nunmehr das dritte Land mit einer rechtsextremistischen Partei im Landtag.

3.1. Regionale Strukturen der Stimmabgabe

Mecklenburg-Vorpommern weist bezüglich der regionalen Stimmenverteilung seit 1990 eine erstaunliche Stabilität auf.²⁶ Am deutlichsten stellt sich dies im Wahlverhalten der beiden Landesteile dar (vgl. Tabelle 2). Die SPD ist auch bei dieser Wahl in Mecklenburg (32,5 Prozent) stärker als in Vorpommern (25,2 Prozent), während die CDU gerade im Osten des Landes ihren Schwerpunkt besitzt (32,1 gegenüber 27,1 Prozent). Für dieses strukturelle Merkmal des Wählerverhaltens könnten drei Aspekte ursächlich sein: Vorpommern ist wirtschaftlich und kulturell noch ländlicher geprägt als Mecklenburg, was

24 Vgl. *Steffen Schoon*, Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern. Eine politikwissenschaftlich-empirische Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee im Zeitraum von 1871 bis 2002, Dissertation Universität Rostock, Rostock 2005, S. 162.

25 Vgl. *Steffen Schoon* / *Britta Saß* / *Johannes Saalfeld*, Kein Land(tag) in Sicht? – Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, München 2007.

26 Vgl. *Steffen Schoon*, Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen, a.a.O.

der Union zugute kommt. Zudem weist die Partei in Vorpommern relativ viele Mitglieder auf und ist insofern vor Ort stark verankert. Dagegen ist hier die Organisation der Sozialdemokraten ganz schwach ausgeprägt, was sich gerade bei den Kommunalwahlen negativ auswirkt.²⁷ Schließlich werden im Wählerverhalten einige historische Kontinuitäten aus der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik sichtbar.

Es verwundert daher nicht, dass die Christdemokraten in Vorpommern sämtliche Direktwahlkreise gewinnen konnten. Darüber hinaus nahmen sie der SPD einige ost-mecklenburgische Wahlkreise ab. Interessanterweise liegt die CDU bei den Erststimmen im Gegensatz zu den Zweitstimmen landesweit vor den Sozialdemokraten. Insgesamt eroberte sie 20 der 36 Wahlkreise, wodurch nur zwei Kandidaten über die Landesliste ins Parlament einziehen konnten – der Spitzenkandidat und Landeschef *Seidel* sowie Fraktionschef *Armin Jäger*. Da in einigen Wahlkreisen die CDU-Kandidaten zudem nur äußerst knapp unterlagen, ist die CDU nur haarscharf einem pikanten (Personal-)Problem entgangen. Selbst Überhang- und Ausgleichsmandate – und damit eine personelle Aufblähung des Landtages – waren am Wahlabend kurzzeitig im Bereich des Möglichen. Die Ursache hierfür liegt in der Schwäche der beiden Großparteien und dem Stimmenzuwachs der kleinen Parteien. Die SPD konnte nur 15 ihrer vormals 24 Wahlkreise verteidigen. In Rostock gab sie sogar in einem vermeintlich sicheren sozialdemokratischen Wahlkreis das Mandat an den Spitzenkandidaten der Linkspartei.PDS, Umweltminister *Methling*, ab.

<i>Tabelle 2: Das Ergebnis der mecklenburg-vorpommerschen Landtagswahl vom 17. September 2006 in regionalen Kontexten</i>							
	WBT	CDU	SPD	Linke.PDS	FDP	B'90/Grüne	NPD
MV gesamt	59,1	28,8	30,2	16,8	9,6	3,4	7,3
Mecklenburg	57,7	27,1	32,5	16,6	9,6	3,5	6,8
Vorpommern	53,4	32,1	25,2	17,0	9,7	2,8	9,4
bis 2.000 Einwohner	56,0	31,9	28,3	14,5	10,0	2,8	8,9
bis 8.000 Einwohner	54,2	30,0	30,9	15,2	10,0	2,5	7,9
bis 25.000 Einwohner	55,1	28,8	29,9	17,7	8,6	2,3	8,8
über 25.000 Einwohner	58,9	24,8	31,6	19,1	9,6	4,8	5,6
WBT = Wahlbeteiligung.							
Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der amtlichen Ergebnisse. Mittelwerte der Stimmenanteile in Prozent. Gemeindeebene (N=845), gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten. Ohne Briefwähler.							

Unabhängig von ihrer Stärke in Vorpommern verlor die Union vor allem in diesen östlichen Hochburgen von 2002 an Unterstützung (vgl. Tabelle 3). Hiervon profitierte insbesondere die NPD, die in diesen Gebieten überdurchschnittliche Stimmenzuwächse verzeichnete. Erneut zeigte sich bei den Christdemokraten ein deutliches Land-Stadt-Gefälle. Während sie in Gemeinden unter 2.000 Einwohnern im Mittel 32 Prozent erreichte, blieb sie in den Städten über 25.000 Einwohner unter 25 Prozent.

Die SPD büßte ebenfalls in ihren Hochburgen überproportional ein. Insbesondere in Rostock verlor sie – obwohl hier noch immer unangefochten stärkste Partei – deutlich an

27 Vgl. *Steffen Schoon* u.a., Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 24).

Zustimmung. Die größten Verluste – zugunsten der Union – mussten die Sozialdemokraten jedoch im Heimatwahlkreis von *Seidel* (Müritz I) hinnehmen. Sichere SPD-Bastionen blieben dagegen die Kreise Wismar, Ludwigslust und Nordwestmecklenburg.

Die Linkspartei.PDS besitzt ihre Hochburgen nach wie vor in den ehemaligen Bezirksstädten Rostock, Neubrandenburg und Schwerin – darin besonders die Plattenbaugebiete – sowie an der Ostküste Rügens. Hier besteht eine Konzentration der Kernwählerschaft der SED-Nachfolgepartei, zu der vor allem die Mitglieder der technischen und politischen Intelligenz der DDR zählen. Die Partei wies bei der Landtagswahl in Umkehrung zur CDU ein leichtes Stadt-Land-Gefälle auf.

Bei der FDP waren, wie schon in den vorherigen Wahlen ersichtlich, kaum regionale Besonderheiten erkennbar. Bündnis 90/Die Grünen konnten nur auf ihre städtischen Hochburgen Rostock, Schwerin, Greifswald und Stralsund bauen. In den Städten über 25.000 Einwohner, von denen es ohnehin nur sieben im Land gibt, erreichten sie immerhin 4,8 Prozent im statistischen Mittel. Dagegen kamen sie vor allem in den vorpommerschen ländlichen Wahlkreisen kaum über den Status einer Splitterpartei hinaus.

Die NPD war insbesondere in den östlichsten Landesteilen stark. Im Wahlkreis Uecker-Randow I erzielte sie 15 Prozent der Zweitstimmen. Auch in den Nachbarwahlkreisen Uecker-Randow II (13,1 Prozent) und Ostvorpommern I (12,2 Prozent) und II (11,5 Prozent) kam sie deutlich über die Zehn-Prozent-Marke. In ganz Vorpommern schnitten die Rechtsextremen um circa drei Prozentpunkte besser als in Mecklenburg ab. Die detaillierte regionale Stimmenverteilung zeigt, dass die Partei dabei auf die Hochburgen der Landtagswahl von 2002 und der Bundestagswahl von 2005 aufbauen konnte, denn dort legte sie spürbar mehr zu als in den Diasporagebieten. Hiermit lässt sich auf eine klare Schwerpunktbildung und regionale Verankerung der NPD schließen. Allerdings gelang es den Rechtsextremisten in 33 der 36 Wahlkreise und damit nahezu flächendeckend, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Nur in drei eher linksalternativ beziehungsweise bürgerlich geprägten Wahlkreisen Rostocks und Schwerins scheiterte die NPD an dieser Schwelle. In vielen mittelgroßen Städten erzielte sie über zehn Prozent, zum Beispiel in Ueckermünde (18,2 Prozent), Anklam (15,6 Prozent) und selbst in den durch den Tourismus boomenden Kaiserbädern Ahlbeck, Heringsdorf und Bansin auf der Insel Usedom (12,4 Prozent). Einige kleine Gemeinden in Vorpommern, vor allem im Umkreis der Stadt Anklam, standen nach der Wahl besonders im Fokus der medialen Berichterstattung, da die NPD hier mit über 30 Prozent stärkste Partei wurde. In Gemeinden mit sehr geringer Wahlbeteiligung fiel das NPD-Ergebnis im Übrigen deutlich höher als in anderen Gebieten aus.

Insgesamt lässt sich für die Landtagswahl ein leichter Rückgang der regionalen Stabilität bei CDU und SPD (Regressionskoeffizient $R^2=0.80$ beziehungsweise 0.71) ablesen, die jedoch weiterhin ein Merkmal des Wählerverhaltens, insbesondere bei den beiden großen Parteien, in Mecklenburg-Vorpommern ist.²⁸ Lediglich für die FDP ist wie bisher bei jeder Wahl keine feste regionale Verankerung auf der Wählerebene erkennbar (Regressionskoeffizient $R^2=0.13$), was den Wahlerfolg der Freien Demokraten freilich umso

28 Der Koeffizient R^2 gibt die Güte der Regression an. Ein Wert von 1 bedeutet eine vollkommene „Erklärung“ (Varianzreduktion) der regionalen Strukturen 2006 durch die Verteilungsstruktur der Vorwahl.

Tabelle 3: Das Ergebnis der mecklenburg-vorpommerschen Landtagswahl vom 17. September 2006 in politischen Kontexten*

	CDU		SPD		PDS		FDP		NPD	
	%	Diff.**	%	Diff.**	%	Diff.**	%	Diff.**	%	Diff.**
MV gesamt	28,8	-2,6	30,2	-10,4	16,8	+0,4	9,6	+4,9	7,3	+6,5
CDU-Hochburgen	39,2	-7,0	24,0	-9,0	13,6	0,5	9,9	5,6	7,5	8,7
CDU-Diaspora	23,6	-1,2	34,0	-11,4	18,2	0,7	9,5	4,8	6,8	5,4
SPD-Hochburgen	25,3	-1,4	36,9	-12,0	15,3	1,0	9,3	5,1	6,5	5,5
SPD-Diaspora	36,4	-6,9	20,6	-8,5	15,5	0,0	10,6	5,4	10,9	9,0
PDS-Hochburgen	26,7	-2,6	29,4	-11,0	19,5	0,4	9,2	4,8	7,0	6,1
PDS-Diaspora	33,0	-4,5	31,1	-9,9	10,3	1,1	10,2	5,0	9,1	7,8
FDP-Hochburgen	31,0	-2,0	27,2	-9,8	14,2	-0,2	13,5	4,3	7,5	6,7
FDP-Diaspora	30,6	-3,6	31,3	-10,9	16,0	0,5	6,7	5,8	9,0	7,5
NPD-Hochburgen	30,1	-5,8	25,2	-10,2	15,3	-0,1	9,2	5,0	14,6	10,0
NPD-Diaspora	27,2	-1,7	32,0	-9,7	17,2	-0,1	9,9	5,1	5,1	5,4
Regression: R ² ***	0.80		0.71		0.65		0.13		0.46	
<p>* Hochburgen und Diaspora: Jeweils das Viertel der Gemeinden mit den höchsten beziehungsweise niedrigsten Ergebnissen.</p> <p>** Veränderungen gegenüber 2002 in Prozentpunkten in den politischen Kontexten von 2002.</p> <p>*** Regressionskoeffizient R². Regression der jeweiligen Parteiergebnisse 2006 auf 2002.</p> <p>Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der amtlichen Ergebnisse. Mittelwerte in Prozent. Gemeindeebene (N=845), gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 2006. Ohne Briefwähler.</p>										

bemerkenswerter macht und für die These von der „demokratischen Protestpartei“ spricht.

3.2. Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Wie schon 2002 sind auch 2006 zum Teil deutliche Unterschiede im Wahlverhalten der Geschlechter und der Altersgruppen zu erkennen (vgl. Tabelle 4). Die SPD schnitt bei Frauen deutlich besser ab als bei Männern. Vor allem die älteren Frauen stimmten weit überproportional für die Sozialdemokratie, womit sich dieser seit 2002 zu beobachtende Trend fortsetzte. In historischer Perspektive ist dies eine interessante Entwicklung, denn früher galt gerade diese Wählergruppe als Kernklientel der CDU. Die Sozialdemokraten weisen darüber hinaus eine nicht unproblematische Wählerstruktur auf, denn sie verloren vor allem in den mittleren Jahrgängen an Zustimmung, während sie bei den über 60-Jährigen klar die stärkste Partei blieben. Überspitzt formuliert haben sich gerade die beruflich aktiven Wähler, gemeinhin als Steuerzahler bezeichnet, von der SPD abgewendet. Die CDU hat dagegen offensichtlich große Probleme, jüngere Wähler zu erreichen. Hier verlor die Union deutlich mehr als in den älteren Wählergruppen. Gleiches gilt in verstärkter Form auch für die Linkspartei.PDS. Seit 1994 hat sich die Altersstruktur ihrer Wähler deutlich verändert. Während 1994 gerade die jungen Wählerkohorten für die Sozialisten stimmten, sind es seit 2002 die Älteren und hierunter insbesondere diejenigen mit Hochschulabschluss (vgl. Tabelle 5). Es scheint sich die These zu bestätigen, wonach der Linkspartei.PDS in Mecklenburg-Vorpommern wesentliche Merkmale einer Volkspartei fehlen. Hierfür ist sie zu sehr auf ein begrenztes Milieu als Kernwählerschaft ange-

wiesen, denn außerhalb dieser Wählergruppen unterscheiden sich die Wahlergebnisse nicht von denen der FDP. Es deutet nichts auf einen dauerhaften Wandel in der PDS-Wählerschaft hin, der sich mit der Bundestagswahl 2005 und der angekündigten Fusion mit der WASG zunächst abzuzeichnen schien.²⁹

Die FDP gewann im Unterschied zu 2002 und zur Bundestagswahl 2005, als sie gerade unter Jungwählern ihre Anhänger hatte, insbesondere bei den mittleren Jahrgängen stark hinzu. Wahrscheinlich finden sich gerade darunter die Protestwähler, die sich wegen der wirtschaftlichen Probleme von der SPD entfernt und auch der CDU keine Besserung der Lage zugetraut haben. Bündnis 90/Die Grünen lagen zwar in den jüngeren Wählergruppen über der wichtigen Fünf-Prozent-Marke, erreichten aber in der zahlenmäßig größten Gruppe der über 60-Jährigen fast gar keinen Zuspruch. Die Öko-Partei scheint sich somit nur äußerst langsam eine tragfähige Wählerbasis im Land aufbauen zu können. Immerhin zeigen die Wählerwanderungsbilanzen wiederholt ein Saldo-Plus in der Generationenfolge. Dies dürfte freilich nur ein schwacher Trost für den verpassten Landtagseinzug sein.

Äußerst jung ist die NPD-Wählerschaft. 17 Prozent der Wähler unter 25 Jahren und 14 Prozent derjenigen zwischen 25 und 34 Jahren votierten für die Rechtsextremisten. Damit zahlte sich offenbar der auf diese Klientel maßgeschneiderte Wahlkampf aus. Die Wählerschaft der NPD ist darüber hinaus vor allem männlich dominiert. Zehn Prozent

Tabelle 4: Wahlentscheidung bei der mecklenburg-vorpommerschen Landtagswahl vom 17. September 2006 und Veränderungen zu 2002 nach Alter und Geschlecht

	CDU		SPD		Linke.PDS		FDP		B'90/Grüne		NPD	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
<i>MV gesamt</i>	28,8	-2,6	30,2	-10,4	16,8	+0,4	9,6	+4,9	3,4	+08	7,3	+6,5
18–24 Jahre	21	-7	24	-14	13	+1	12	+4	7	+2	17	+14
25–34 Jahre	27	-6	22	-13	12	+1	13	+4	6	+2	14	+12
35–44 Jahre	31	-4	23	-15	15	+1	13	+8	5	+3	8	+8
45–59 Jahre	30	-2	29	-13	18	+1	10	+6	3	+1	7	+6
60 und älter	29	+1	40	-5	20	-1	6	+3	1	0	2	+2
<i>Frauen</i>	29	-1	33	-11	17	0	9	+5	4	+1	4	+4
18–24 Jahre	22	-7	27	-12	15	+2	13	+6	7	+1	10	+7
25–34 Jahre	28	-6	24	-13	14	+2	14	+5	6	+1	7	+7
35–44 Jahre	30	0	25	-19	16	+1	12	+8	6	+3	5	+4
45–59 Jahre	29	-2	32	-12	19	+1	9	+6	3	+1	4	+4
60 und älter	29	+3	43	-5	17	-2	5	+3	2	0	2	+1
<i>Männer</i>	29	-4	27	-10	17	0	10	+5	3	+1	10	+9
18–24 Jahre	20	-7	23	-15	11	-2	11	+2	6	+2	23	+19
25–34 Jahre	27	-7	20	-12	11	-1	13	+2	6	+2	19	+17
35–44 Jahre	33	-7	21	-12	13	+1	13	+8	5	+2	12	+11
45–59 Jahre	32	-1	25	-14	17	0	11	+6	2	+1	9	+9
60 und älter	29	-1	37	-5	23	-1	6	+3	1	0	3	+3
Quelle: Infratest dimap, Wahlreport Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 17. September 2006, Berlin 2006, S. 46.												

29 Vgl. Oskar Niedermayer, Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung, in: ZParl, 37. Jg. (2006), H. 2, S. 523 – 538.

aller Männer stimmten für die NPD, nur vier Prozent der Frauen. Unter den männlichen Jungwählern erzielte die Partei sogar 23 Prozent und ist so gemeinsam mit der SPD stärkste politische Kraft in dieser Gruppe. Nur die Wähler über 60 Jahre zeigten sich letztlich resistent gegenüber den rechtsextremen Wahlparolen.

3.3. Stimmabgabe nach Konfession und in sozialen Gruppen

Eine Konstante im Wahlverhalten bleiben die unterschiedlichen Präferenzen der Konfessionen, obwohl die kirchlich gebundenen Wählergruppen nur eine Minderheit in der Bevölkerung darstellen (Katholiken: vier Prozent, Protestanten: 19 Prozent). Über die Hälfte aller katholischen Wähler unterstützten erneut die CDU, nur 24 Prozent die SPD (vgl. Tabelle 5). Bei den Protestanten lag die Union dagegen nur knapp vor den Sozialdemokraten. Die SPD blieb stärkste Partei unter den Konfessionslosen. Hier schneidet auch die Linkspartei. PDS traditionell besser als bei den konfessionell Gebundenen ab. Auffäl-

Tabelle 5: Wahlentscheidung bei der mecklenburg-vorpommerschen Landtagswahl vom 17. September 2006 und Veränderungen zu 2002 nach sozialen Gruppen												
	CDU		SPD		Linke.PDS		FDP		B'90/Grüne		NPD	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MV gesamt	28,8	-2,6	30,2	-10,4	16,8	+0,4	9,6	+4,9	3,4	+0,8	7,3	+6,5
Bildung												
hoch	28	-1	27	-9	21	0	11	+5	6	+2	4	+3
mittel	30	-3	28	-13	16	+1	10	+5	2	0	10	+9
niedrig	28	-4	38	-8	14	-1	7	+4	2	+1	7	+7
Tätigkeit												
berufstätig*	34	+1	25	-14	14	-1	12	+6	4	+1	7	-
Arbeiter	28	-5	27	-14	14	+1	12	+7	3	+1	12	+10
Angestellte	30	-1	30	-11	14	-2	11	+5	5	+1	4	+4
Beamte	44	+3	15	-15	15	0	11	+2	3	0	4	+4
Selbständige	42	-5	13	-6	11	-2	20	+9	3	+1	10	+8
Rentner	28	0	40	-6	22	+1	5	+3	2	0	3	+3
in Ausbildung	22	-2	30	-7	11	-3	13	+5	10	+3	8	+6
Arbeitslose	21	-7	24	-17	22	+3	9	+5	3	+1	17	+15
Gewerkschaft*												
Mitglied	24	0	36	-11	21	0	7	+3	2	+1	6	-
kein Mitglied	29	-4	29	-10	16	0	10	+5	4	+1	8	-
Arbeiter												
Gewerk.-Mitglied	26	+3	31	-14	20	+5	8	+4	1	-1	9	-
kein Mitglied	27	-7	29	-12	15	+1	10	+6	2	0	13	-
Angestellte												
Gewerk.-Mitglied	20	+4	42	-6	24	+2	4	0	4	+2	3	-
kein Mitglied	29	0	31	-10	19	+1	10	+5	3	0	4	-
Konfession												
evangelisch	36	-5	31	-8	10	+1	10	+6	4	0	5	+5
katholisch	51	+2	24	-12	10	+5	4	+2	4	-1	6	+6
keine/andere	25	-1	30	-12	20	-1	10	+5	3	+1	8	+7
Quellen: Infratest dimap, Wahlreport Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 17. September 2006, Berlin 2006, S. 49. * Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahl in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 17. September 2006, Berichte der FGW Nr. 127, Mannheim 2006, S. 45.												

lig ist ebenso die deutliche Diskrepanz im Ergebnis der FDP, die insbesondere bei Protestanten und Konfessionslosen, jedoch nicht bei den Katholiken zulegte.

Die Sozialdemokraten erlitten gerade in ihren traditionellen Wählergruppen, vor allem bei Arbeitern und Arbeitslosen, große Verluste. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern blieb sie zwar deutlich stärkste Partei, jedoch vor allem aufgrund der stabilen Unterstützung durch die gewerkschaftlich organisierten Angestellten. Während die Rentner weit überdurchschnittlich für die SPD votierten, fiel die Zustimmung unter den Selbständigen und Beamten sehr niedrig aus. Insgesamt ist bei den Sozialdemokraten der deutliche Rückgang unter den berufstätigen Wahlberechtigten auffällig.

Die CDU wurde bei den Beamten und Selbständigen wieder stärkste Partei, obwohl sie in letztgenannter Gruppe wie schon 2002 Stimmenanteile – wahrscheinlich an die FDP – verlor. Gewerkschaftsmitgliedschaft wirkte sich dagegen erneut dämpfend für das Unionsergebnis aus. Im schlechten Abschneiden bei den Arbeitslosen spiegelte sich zudem das fehlende Vertrauen in einen Regierungswechsel zugunsten der Union wider.

Die Linkspartei.PDS erzielte erwartungsgemäß bei Arbeitslosen, Wählern mit hoher formaler Bildung und Rentnern sowie Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich gute Ergebnisse. Bei den Erwerbslosen und Arbeitern konnte sie allerdings weniger als erhofft zulegen, ein Indiz dafür, dass die Partei nur in geringem Maße Protestwähler absorbiert hat. In struktureller Hinsicht sind zudem die leichten Verluste bei Auszubildenden/Studenten und Angestellten interessant, die sich gegenüber 2002 fortsetzten und die Schwierigkeit der Partei belegen, neue Wählerschichten neben der alten Kernklientel zu erreichen.

Bei den kleinen Parteien zeigten sich zum Teil sehr deutliche Schwerpunkte. Die Liberalen gewannen zwar in allen Gruppen hinzu – was durchaus auf den schon erwähnten „Protestgehalt“ des Wahlergebnisses schließen lässt –, vor allem aber die Selbständigen neigten verstärkt der FDP zu. Bündnis 90/Die Grünen können zumindest in der Gruppe der Auszubildenden/Studenten mit zehn Prozent ein beachtliches Ergebnis vorweisen, womit möglicherweise Hoffnungen auf bessere Zeiten begründet sind. Die NPD saugte dagegen offensichtlich das Protestpotenzial auf, da sie speziell unter Arbeitslosen deutliche Zugewinne verzeichnete. Aber auch bei Arbeitern und sogar Selbständigen schnitt sie überdurchschnittlich ab.

4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

SPD und Linkspartei.PDS hätten zur Fortsetzung der rot-roten Koalition nur eine Stimme Mehrheit gehabt. Schon kurz nach der Wahl sprach Landwirtschaftsminister *Till Backhaus* von der Gefahr eines *Heide-Simonis*-Effektes. Nach Presseberichten hatte die bisherige Sozialministerin *Marianne Linke* dem Ministerpräsidenten kurz nach der Wahl telefonisch mitgeteilt, dass sie ihn nur wählen werde, wenn sie ihr Amt behalte. Vertreter der „antikapitalistischen Linken“ innerhalb der PDS bildeten einen zusätzlichen Risikofaktor für die SPD. Nach den Sondierungsgesprächen entschied sich *Ringstorff* schließlich für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU. In den SPD-Gremien – Landesvorstand, Landesparteirat und Landtagsfraktion – stimmte eine Minderheit gegen diesen Schritt.

<i>Tabelle 6: Das mecklenburg-vorpommersche Kabinett (Stand: 7. November 2006)</i>	
Ministerpräsident	Dr. Harald Ringstorff (SPD)
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, stellvertretender Ministerpräsident	Jürgen Seidel (CDU)
Finanzministerin	Sigrid Keler (SPD)
Innenminister	Lorenz Caffier (CDU)
Justizministerin	Uta-Maria Kuder (CDU)
Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz	Dr. Till Backhaus (SPD)
Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur	Henry Tesch (CDU)
Minister für Soziales und Gesundheit	Erwin Sellering (SPD)
Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung	Dr. Otto Ebnet (SPD)

Im Verlauf der Koalitionsverhandlungen kam zunächst Unmut bei der Basis der Christdemokraten auf, die zu weitgehende Zugeständnisse gegenüber der SPD befürchteten. Die Vergabe des Innenministeriums an die CDU (vgl. Tabelle 6) sorgte dann für Überraschung, zumal der bisherige Amtsinhaber *Gottfried Timm* als Erfinder des größten Reformprojekts der Landesregierung – der Kreisgebietsreform – gilt. Angesichts der Aufgaben, die mit Blick auf die Umsetzung der Reform und vorher schon bei der Durchführung des im Lande wenig populären G 8-Gipfels auf den christdemokratischen Innenminister zukommen, könnte sich dies aber als kluger Schachzug von Ministerpräsident *Ringstorff* herausstellen.

Die SPD-Landtagsfraktion wird weiterhin von *Volker Schlotmann*, der diese Funktion bereits seit 1998 ausübt, geführt. *Armin Jäger* übernahm den Vorsitz der CDU-Fraktion.

Die Fraktion der Linkspartei.PDS wählte *Wolfgang Methling*, den bisherigen Umweltminister, zu ihrem Vorsitzenden. Als Stellvertreter fungiert *Helmut Holter*. Die FDP-Fraktion wird von *Michael Roolf*, dem Spitzenkandidaten der Liberalen im Landtagswahlkampf, geführt. *Udo Pastörs* ist Vorsitzender der NPD-Fraktion.

Nach dem Einzug der NPD kam die Forderung nach mehr politischer Bildung auf; der „Ruf des Landes“ stehe auf dem Spiel. Die eher schwache Reaktion der Zivilgesellschaft in der Zeit vor der Wahl verhielt sich umgekehrt proportional zu den nun gemachten Äußerungen. Notwendig wären indessen beharrliche Aktivitäten in diesem Bereich. So hat Mecklenburg-Vorpommern als einziges der neuen Länder keine Professur für Didaktik der politischen Bildung, deren Einrichtung nun in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Von einem Teil der Politiker wurde die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Verbund mit mobilen Beratungsteams geführt. Durch den Einzug der NPD in den Landtag ist eine neue Situation entstanden, die kontinuierlichen Einsatz für die Demokratie erfordert.

5. Zusammenfassung

- (1) Erstmals seit 16 Jahren fand die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern unabhängig von der Bundestagswahl statt. Die Chance, den ersten echten Landtagswahlkampf seit 1990 mit wirklichen landespolitischen Themen zu füllen, wurde jedoch kaum genutzt. Im Wahlkampf fehlte es an Polarisierung, und eine Wechselstimmung

kam nicht auf. Zum Ende entfaltete lediglich der besonders von der SPD forcierte Kampf gegen „die braune Gefahr“ einen Mobilisierungseffekt. Die Wahlbeteiligung war mit fast 60 Prozent höher als angenommen.

- (2) Von den drei im Landtag zuvor vertretenen Parteien waren zwei an der Regierung in Schwerin beteiligt, die CDU durch die Person der Kanzlerin wiederum in der Nähe der Regierung in Berlin angesiedelt. Davon profitierten die FDP als demokratische Opposition und die NPD als Opposition zum System mit jeweils erheblichen Stimmengewinnen. Das bisher relativ stabile Dreiparteiensystem im Land gehört damit der Vergangenheit an.
- (3) Die CDU (28,8 Prozent) hat den greifbaren Regierungswechsel verpasst. Anstatt gegen die Regierung zu polarisieren hat sie einen verhaltenen Wahlkampf geführt und potenzielle Wähler der FDP zugetrieben. Die Christdemokraten sind nunmehr seit Jahren im „30-Prozent-Turm“ gefangen.
- (4) Die SPD bleibt trotz deutlicher Verluste mit 30,2 Prozent stärkste Kraft im Land. Mecklenburg-Vorpommern ist damit das einzige östliche Bundesland, in dem die Sozialdemokraten die Linkspartei.PDS bei Landtagswahlen klar hinter sich lassen können. Die SPD hat es mit der *Ringstorff*schen Strategie geschafft, ihre fragile Zwischenstellung im Parteiensystem zu verlassen und die Linkspartei.PDS zu „entzaubern“.
- (5) Die Linkspartei.PDS konnte das ohnehin schlechte Abschneiden von 2002 nur minimal verbessern (16,8 Prozent) und büßte die Zugewinne aus der letzten Bundestagswahl im Zuge der angekündigten Fusion mit der WASG wieder ein. Erstmals profitierte sie in Ostdeutschland nicht von der geringen Wahlbeteiligung. Ob sie in der neuen Rolle als Oppositionspartei wieder künftigen Protest aufsaugen kann, ist ungewiss.
- (6) Der Erfolg der NPD, der nicht unwesentlich Ausdruck eines rechtsextremistischen Wählerpotenzials im Land ist, zeigt die Möglichkeiten, die eine kleine, aber gut organisierte Partei mit Protestpotenzial in Mecklenburg-Vorpommern mit einer schwachen Zivil- und Bürgergesellschaft entfalten kann. Im Landtag wird die NPD die anderen Abgeordneten noch vor manche Probe stellen und zu einem deutlichen Erkenntnis zur parlamentarischen Demokratie führen.